

Politisch-psychologische Anmerkungen zur Lage der "Grünen"

Rexilius, Günter

Veröffentlichungsversion / Published Version

Zeitschriftenartikel / journal article

Empfohlene Zitierung / Suggested Citation:

Rexilius, G. (1989). Politisch-psychologische Anmerkungen zur Lage der "Grünen". *Psychologie und Gesellschaftskritik*, 13(3), 39-60. <https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:0168-ssoar-249768>

Nutzungsbedingungen:

Dieser Text wird unter einer CC BY-NC-ND Lizenz (Namensnennung-Nicht-kommerziell-Keine Bearbeitung) zur Verfügung gestellt. Nähere Auskünfte zu den CC-Lizenzen finden Sie hier:

<https://creativecommons.org/licenses/by-nc-nd/4.0/deed.de>

Terms of use:

This document is made available under a CC BY-NC-ND Licence (Attribution-Non Commercial-NoDerivatives). For more information see:

<https://creativecommons.org/licenses/by-nc-nd/4.0>

POLITISCH-PSYCHOLOGISCHE ANMERKUNGEN ZUR LAGE DER "GRÜNEN"

GÜNTER REXILIUS

"Die nordrhein-westfälischen Grünen befinden sich nach übereinstimmender Auffassung all ihrer Gruppierungen in einer schweren Krise. Außeres Zeichen dieser Krise ist neben der landespolitischen Bedeutungslosigkeit der Partei ihr Mitgliederschwund - im vergangenen Jahr rund 500 Personen. Das sind über 5% ihres Bestandes, der jetzt noch rund 8700 Frauen und Männer umfaßt." (FR v. 23.1.1989)

Eine der fast täglichen Meldungen über die grüne Partei in der Presse, die den Eindruck entstehen lassen, sie liege in Agonie. Und auch dieser Satz ist typisch:

"Vollmer machte dafür die Landesvorstände der zurückliegenden Jahre verantwortlich, die den Landesverband systematisch entpolitisiert hätten." (a.a.O.)

Statt einer Krisenanalyse werden Schuldzuweisungen und Verantwortlichkeiten hin- und hergeschoben, wird personalisiert statt untersucht - in diesem kurzschlüssigen "Krisenmanagement" wird ein Hohlraum der Innenansicht der grünen Partei sichtbar: ihre mangelhafte politische Substanz.

Worin besteht diese Substanz, bzw. worin könnte, müßte sie bestehen?

Im Gegensatz zu den anderen parlamentarischen Parteien, die sich historisch als politischer Ausdruck der Widersprüche bürgerlicher Klassengesellschaft herausgebildet haben, also ihre Existenz auf eine **w e s e n t l i c h e G e s e t z m ä ß i g k e i t** der kapitalistischen Produktions-Verhältnisse stützen, sind die Grünen organisatorischer Ausdruck einer **O b e r f l ä c h e n b e w e g u n g** dieser Gesellschaft, also Teil jener - sozialen usw. - Bewegungen, die einem ständigen historisch-konkreten Wandel unterworfen sind. Die "Bewegung", auf die sich die grüne Partei in den ersten Jahren ihrer Existenz stützen konnte, hat an Dynamik, an Kraft und an Masse verloren und ihr damit wichtige Fundamente genommen.

In diesem Umstand kann sich das Ende der Partei der Grünen verbergen. Sie könnte aber auch ihre gesellschaftliche Rolle neu bestimmen, der Veränderung angemessene neue politische Ziele formulieren und nach einem politischen Sub-

jekt fahnden, um sich ihm zur Seite zu stellen: Sie könnte, mit anderen Worten, sich umsehen, welche Menschengruppen in dieser Gesellschaft die Unterstützung einer sozialistisch und ökologisch orientierten Partei benötigen. Sie k ö n n t e - die Lektüre einiger Positions- und Perspektiven-Papiere zeigt, daß dieser Selbst-Bestimmungs- und Selbst-Besinnungs-Prozeß noch nicht begonnen hat.¹ Vielmehr macht sie ein analytisch-theoretisches Defizit deutlich, das zumindest m i t v e r a n t w o r t - l i c h ist für praktisch-politische Inkonsistenzen, die gegenwärtig zu einer irreversiblen Auflösung der politischen Substanz zu führen scheinen.

1. Die analytische Substanz

Tatsache ist, daß eine linke politische Theorie fehlt, nicht nur den Grünen; richtig ist auch, daß ohne eine solche Theorie weder gesellschaftliche - ökonomische, politische, soziale, psychische - Strukturen noch ihre historische Entwicklung verstanden werden können; daß ohne sie weder gesellschaftliche Widersprüche noch sie bewirkende Interessenkollisionen und ihre sozialen und psychischen Auswirkungen zu durchschauen sind; und daß schließlich die politische Ortsbestimmung einer Partei auf der sozial- oder klassenstrukturellen Landkarte schillernd und verschwommen bleibt. Mit der Arbeiterbewegung hat der Faschismus auch den wissenschaftlichen Sozialismus als erklärende und handlungsanleitende Theorie zerschlagen;² geblieben aber ist das ihm zugrunde liegende theoretische Wissen.

Ohne Aneignung und - zunächst einmal - instrumentelle Nutzung dieses Wissens läßt sich die politische Substanz einer sozialistisch-ökologischen Partei nicht ausmachen. Eine Anregung aus einem der genannten Papiere aufnehmend (H. WOLF 1988, 13), will ich zu meiner Kritik LENIN sprechen lassen:

1 Mir lagen folgende Papiere vor:

- a) "Nachbereitung Perspektivenkongreß und weitere Arbeit der Linken in den Grünen" v. 22.7.88;
- b) "Diskussionsvorlage zum Arbeitstreffen 'Mechanisierung'" v. 15.7.88;
- c) "Manifest - Grüner Aufbruch '88" (ohne Datum);
- d) "Schuttwegräumen" v. 17.6.88;
- e) "Langweilige Bekenntnisse - zu einer illusionslosen Bestandsaufnahme" (ohne Datum);
- f) F.O. WOLF, "Für eine eigenständige ökosozialistische Debatte innerhalb der alternativen Bewegung und der Grünen Partei". Diskussionsbeitrag zum Perspektivenkongreß der Grünen, 17.-19.6.88;
- g) H. WOLF, Die Grünen: Verstaatlichen oder Vergesellschaften? Horizonte, 4/5 (Frühjahr 1988).

- 2 Eines der wichtigsten Argumente für die These, daß Kapital und Faschismus nur Verkleidungen desselben historischen Sachverhaltes sind, s. etwa KOHNLE 1979.

"Erstens wollte (oder richtiger wohl: konnte) diese Partei, die den Marxismus ablehnte, durchaus nicht begreifen, daß es notwendig ist, vor jeder politischen Aktion die Klassenkräfte und ihre Wechselbeziehungen streng objektiv abzuwägen." (LENIN 1970, 310)

Als wär's ein Satz über die Grünen, ihre augenblickliche Perspektiven- und Strategiedebatte eingeschlossen, denn in keinem der vorliegenden Diskussions-Papiere findet sich eine gründliche Analyse der objektiven gesellschaftlichen Situation hier und heute als Ausgangspunkt für selbstkritische und perspektivische, strategische oder taktische Debatten. Ihre Verfasser verzichten - von gelegentlichen Exkursen abgesehen - darauf, das Feld zu erkunden, auf dem sie tätig werden wollen; ihre gesellschaftsanalytische Substanz erschöpft sich in mehr zufälligen Hinweisen,³ die folgenlos bleiben. In den "Langweiligen Bekenntnissen" wird - beispielhaft für eine Fülle anderer Formulierungen - pauschal von "politischer Wirklichkeit" gesprochen, ohne daß sie auch nur in Umrissen bestimmt wird. Ein genaues und differenziertes gesellschaftliches Szenario als Resultat einer gründlichen analytischen Durchforstung der "politischen Wirklichkeit" und als Grundlage für politisches Handeln fehlt. Angeblich reichen F.O. WOLFs Gedanken "weit über den Marxismus hinaus" (F.O. WOLF 1988, 6) - was nicht nur eine fragwürdige Selbstüberschätzung einiger eher unklarer Vor-Vor-Oberlegungen zu den eigentlich notwendigen Vor-Überlegungen ist, sondern auch eine Flucht in akademische Floskeln vor den Anstrengungen analytischer Gedanken- und konkreter Untersuchungsarbeit, die, bevor sie MARX' Politische Ökonomie hinter sich lassen kann, sie erst einmal nutzen müßte.

Es mag Gründe geben, der analytischen Detailarbeit auszuweichen: die Überforderung durch tagespolitische Zwänge; die pragmatische Dynamik von Funktionärs-Jobs; die Angst davor, in eine radikale Ecke abgeschoben zu werden - von wem eigentlich? wäre das nicht wünschenswert? -; vielleicht auch die stille Verbrüderung mit einem "Zeitgeist", dem theoretische Präzision und Gründlichkeit - marxistisch zumal - eher Schauer über den Rücken jagen als Ansporn im Kopf und Freude im Bauch entfachen. Dieser Verzicht auf den durchdringenden Blick und den radikalen Gedanken verhindert aber mit, die gesellschaftliche als politische Substanz zu begreifen, politisches Denken und Handeln in entschiedene und klar definierte Parteilichkeit für bestimmte gesellschaftliche Gruppen einmünden zu lassen; stattdessen verblassen die schlechten Lebensverhältnisse und ihre - für viele Menschen schwerwiegenden - körperlichen, psychischen und sozialen Folgen, nur mehr durch die Brille der "großen Politik" wahrgenommen, zu sekundären Phänomenen. So läuft Grüne Politik Gefahr, ihre eigentliche Basis "links liegen" zu lassen, in einem wörtlichen Sinne.

3 Wie etwa bei F.O. WOLF, der marxistische Krisenanalysen (etwa HIRSCH & ROTH 1987) erwähnt, ihre Möglichkeiten für eine Bestandsaufnahme und eine objektive Analyse herrschender Zustände aber nicht nutzt.

Analytische Unschärfe und konturenloses Gesellschafts- und Subjektverständnis äußern sich exemplarisch in "gewöhnlichen" bis konservativen Reaktionen auf bedrohliche gesellschaftliche Phänomene, etwa die zunehmende Rechts-Entwicklung. Ein anschauliches Beispiel, wohin die gesellschaftskritische Kurzsichtigkeit führen kann, sind die grünen Reaktionen auf die Wahl-Erfolge der Rechtsextremisten in Bremen und Baden-Württemberg. Sie bestanden vor allem in ihrem Mitsingen im Chor der "demokratischen Kräfte", und sie sangen weder eine abgesetzte Stimmlage, noch fielen sie wohltuend durch Mißtöne auf; sie paßten sich den diffusen Stimmengewirr einfach an. Mehr noch: Sie gehörten mit zu den ersten, die nach Verboten riefen, gegen Rechtsextremismus demonstrierten und Flugblätter verbrannten - eine dramatische Fehlleistung aufgrund eines fehlenden Verständnisses für menschliche Motivationen und ihre objektiven Bedingungen. Es wäre Aufgabe der Grünen gewesen - oder sie hätte es sein können -, sich aus der Unisono-Klage auszublenden und auf drei bemerkenswerte Seiten des Protestes gegen Rechts hinzuweisen, die ihm einen faden Beigeschmack geben und die - nicht zuletzt durch die überwiegend moralisch begründeten empörten Attacken auf die DVU und die Rechten allgemein - wirksam zugedeckt worden sind: Erstens hätten sie nach den Ursachen dafür fragen müssen, daß so viele Menschen eine Rechtspartei wählen, die ja wohl kaum ein solches Verhalten von ihren Eltern geerbt haben, jedenfalls wurde noch kein Nazi-Gen entdeckt. Sie hätten selbst die Untersuchung in die Hand nehmen und auf den Zusammenhang dieses Wahlverhaltens mit Arbeitslosigkeit und Armut, mit bedrängten und elenden Lebensverhältnissen hinweisen müssen. Sie hätten auf die ökonomische und politische Entfremdung und die verdinglichten menschlichen Beziehungen, die einen latenten Hang zum faschistischen Denken und Fühlen schaffen, wie wir spätestens seit der Studie von ADORNO u.a. zum "autoritären Charakter" wissen, nachzeichnen und nachweisen müssen, daß die existentielle Hoffnungs- und Ausweglosigkeit, in die Menschen geraten, die Schubkraft bildet, sie manifest werden zu lassen. Zweitens hätten sie die Wirtschafts- und Sozial-, Arbeitsmarkt- und Finanzpolitik derjenigen, mit denen sie stattdessen die demokratische Gemeinschaft beschworen haben, anklagen müssen, die Menschen in Notlagen und menschenunwürdige Lebenssituationen bringt, in denen ihnen die Maßstäbe für Menschenwürde, an denen faschistische Ideologie zu messen und für schlecht zu befinden wäre, nicht zufällig verlorengehen. Drittens hätten sie bohren und hartnäckig suchen müssen in den Körpern der demokratischen Parteien, und in ihrem eigenen auch, um nach rechtslastigen Vorstellungen, Ideen und Verhaltensweisen zu suchen; sie wären mit Sicherheit fündig geworden und hätten zu einem demokratischen Reinigungsprozeß beitragen können, der die immerwährende Großzügigkeit und Nachlässigkeit gegenüber faschistoiden Denkmustern und ihren Vertretern seit mehr als 40 Jah-

ren endlich beendet. So haben sie mitgezimmert an einem brüchigen Alibi.⁴

Der Mangel läßt sich anders beschreiben: Was die SPD mit Godesberg geschafft hat, haben die Grünen - in ihrer Mehrzahl - ohne demonstrative Absage in ihr politisches Selbstverständnis gleich eingeflochten - den Verzicht auf ein wissenschaftliches Konzept, das als einzigen Zugang zu den Wurzeln kapitalistischer, imperialistischer und kolonialistischer - jeweils äußerer wie innerer - Strukturen und Verhältnisse ermöglicht. Mit dieser Abwendung von der theoretischen Analyse herrschender Zustände und praktischer Solidarität mit den von ihnen gezeichneten und von ihnen - in vielfältigen Formen - ausgestoßen Menschen hat die Grüne Partei sich selbst blind und - wenn denn gesellschaftsverändernde Praxis ein ernstgemeintes und radikales Ziel ist - handlungsunfähig gemacht.

2. Die politische Substanz

In welchem Ausmaß sie sich in die Handlungsunfähigkeit manövriert hat, zeigt die gegenwärtige Krise, die in die Frage mündet, auf welche politische Basis die Grüne Partei sich stützen will oder kann. Anstöße für eine mögliche Antwort finden sich immer wieder bei LENIN:

"Die Aktion der Massen - z.B. ein großer Streik - ist i m m e r , und keineswegs nur während der Revolution oder in einer revolutionären Situation, wichtiger als die parlamentarische Tätigkeit." (LENIN 1970, 335)

Im Sinne von LENIN kann ergänzt werden, daß die Massen überhaupt wichtiger sind, einfach weil ohne sie weder revolutionäres noch parlamentarisches Handeln Sinn macht, jedenfalls für Linke nicht. Nachdenken auf dem Hintergrund eines sozialistischen Selbstverständnisses - von dem in den Papieren wiederholt gesprochen wird - müßte zu dem Schluß kommen, daß ein linkes politisches Bewußtsein, das praktisch werden will, nur ein Ziel haben kann: Die als Träger politischen Handelns zu gewinnen, die in ihren Lebensverhältnissen auf vielfache Weise unterdrückt und ausgebeutet, benachteiligt und ausgegrenzt werden. Ein sozial, menschlich und ökologisch bestimmtes Selbstverständnis jedenfalls ließe keinen anderen Schluß zu - linke Politik kann nur solche mit dem - zur Zeit in dieser Größenordnung erkennbaren - Drittel der hiesigen Menschen sein, die von der

4 Und nun der Wahlerfolg der Republikaner in Berlin - und jeder weiß, wer sie warum gewählt hat -, hat sich irgendeine der demokratischen politischen Kräfte für diese Menschen interessiert? Ihnen Hilfe, Unterstützung zukommen lassen, sie und ihre Lage ernstgenommen? Nein, aber nun protestieren sie wieder gegen die Rechten, als würde deren Verschwinden die Bedürfnisse und Wünsche der benachteiligten, armen, verbitterten Menschen befriedigen - die in der taz (31.1.1989, in einem Kommentar zu den Rechten in Berlin) auch noch als "Mob" klassifiziert werden; der Arbeiter- und Lumpenproletariats-Mob, diese Sprache kennen wir leider zu gut.

Partizipation am gesellschaftlich produzierten Reichtum völlig oder weitgehend ausgeschlossen sind und unter seinen Folgen leiden.

Sie müßte in eine - auch parlamentarisch wirksame - spektakuläre Haltung gegen krankmachende, beleidigende und zerstörerische Strukturen einmünden, in eine unmißverständliche Parteinahme für die von ihnen nachhaltig Gezeichneten; sie müßte den ökonomischen und politischen Status quo in Frage stellen und eine soziale - eine sozialistische - Utopie und ihre programmatische Umsetzung anstreben - solche Möglichkeiten sind in den perspektivischen Überlegungen höchstens bruchstückhaft zu erkennen. Vorstellungen, wie das materielle Elend zu beseitigen sei, das allmählich wie ein gesellschaftlicher Hungerbauch anschwillt; wie die Lebenssituation von langfristig arbeitslosen Menschen zu verbessern ist, die keine Chance haben, jemals wieder sich durch eigene Arbeit psychisch, sozial und ökonomisch zu reproduzieren; wie alte und kranke Menschen aus den Gettos zu befreien sind, in die sie von "der Gesellschaft" abgeschoben und ausgegrenzt werden; wie die Zukunftsperspektive arbeits- und lehrstellenloser Jugendlicher verbessert werden kann, die jetzt schon auf dem sozialen Müllhaufen zu landen drohen; zu diesen und anderen Problemen, die die Existenz vieler Menschen bedrohen, aus der Bahn werfen und schließlich vernichten, fehlen Fragen und Antworten fast völlig. Und es fehlen Vorstellungen, wie gesellschaftskritisches Wissen verbreitet werden kann in Formen, die es für jedermann handhabbar machen, und wie mit seiner Hilfe eine Entprofessionalisierung aller Lebensbereiche erreicht werden kann, die den sozialen Raum freigibt für die Verwandlung von Objekten vieler Versorgungs- und Verwaltungseinrichtungen in menschliche Subjekte, die über sich selbst bestimmen.

Projekte und Entwürfe mit gesellschaftsverändernder Sprengkraft wären von einer grün-linken Partei nicht unmittelbar durchsetzbar, sie würden nicht morgen schon breite Zustimmung finden, aber nur sie können langfristig die Hoffnung dieser Partei und ihrer AnhängerInnen sein. Die "sozialistische Variante" des politischen Eingriffs hat mehr denn je ihre Chance in einer Zeit des Umbruchs aller Lebensbereiche durch ökonomische Veränderungen, die aufgrund sich abzeichnender Schwierigkeiten der Kapitalreproduktion einerseits, aber auch aufgrund sozialer Veränderungen etwa durch Arbeitslosigkeit, Informations- und Kommunikationstechnologien, Mikroelektronik und Gentechnik die Menschen aufzuschrecken und aufzuwühlen beginnen. Hier beginnt eine Lawine sich zu lösen, auf der Teile der Gesellschaft, die schon "oben" sitzen, ohne Rücksicht auf Verluste über viele andere Menschen hinwegrollen und ein menschliches Trümmerfeld zurücklassen werden - eine konsequente Parteinahme für die Überrollten läßt sich in den grünen Papieren nicht entdecken.

Wer diese gesellschaftliche Realität und ihre Entwicklung zur Kenntnis nimmt,

kann bei einer ökologischen Begründung seiner Politik nicht stehen bleiben, sein Ökologiebegriff muß sich zwangsläufig erweitern. Es geht bei der inhaltlichen Bestimmung grüner und sozialistischer Politik dann auch darum, den Blick von der äußeren auf die innere Natur zu lenken, die da verkrüppelt, benutzt, vergiftet, verelendet - und manchmal geradezu hingerichtet - wird. Der äußeren gehört die "innere Ökologie" an die Seite, ja, sie muß an die erste Stelle gerückt werden, denn bevor die Bäume und Flüsse "kaputtgehen", müssen immer schon die Menschen dran glauben. Die Methoden, menschliche Natur zu zerstören, sind so zahlreich, so vielgestaltig und so geschickt verfeinert, daß sie oft nicht ohne gründlichere Untersuchung zu entdecken sind; mancher - intellektuell oder sonstwie privilegierte - Grüne wird sie kaum spüren, aber ihre Folgen sind zu besichtigen, täglich und vielerorts. Eine grün-sozialistische Politik müßte sich an ihnen festbeißen.

Da hat die "Basis" der Grünen Rechtiges gemeint, ohne es in dieser Deutlichkeit zu artikulieren: Eine Stiftung - und sie könnte sehr wohl auch den Namen Heinrich BÜLLs tragen - hätte einen Sinn, wenn sie die Entwicklung eines ökologisch-sozialistischen strategischen Programms mit Hilfe der Sammlung von viel Sachverstand und Parteilichkeit engagiert vorantreiben und die richtigen taktischen Varianten ausbrüten würde. Eine solche Stiftung wäre ein Geschenk an bestimmte Teile der Gesellschaft, an die Ausgegrenzten, Hinauskatapultierten, Ungleichberechtigten, Unterdrückten, Verarmten und Leidenden gewesen. Eine solche Stiftung hätte gewaltige Aufgaben gehabt in einer Zeit, in der Forschung von konservativen Geldgebern und dienstbaren Intellektuellen⁵ beherrscht wird: Sie könnte das, was reelle Subsumtion aller Lebensbereiche unter die kapitalistische Rationalität im einzelnen bedeutet, wie sie sich menschlich und sozial auswirkt, nachdrücklich ins - auch linke - Bewußtsein heben. Denn aus ihm hat diese Wahrheit sich eher verflüchtigt in den letzten Jahren.

Noch einmal zu LENIN zurück, dessen Feststellung in dieselbe Richtung zielt:

"Um es zu verstehen, der 'Masse' zu helfen und sich die Sympathien, die Zuneigung, die Unterstützung der 'Masse' zu erwerben, darf man die Schikanen, die Anrempelungen, die Beleidigungen und Verfolgungen durch die 'Führer' ... nicht fürchten und muß unbedingt dort arbeiten, wo die Massen sind." (LENIN 1970, 328)

Auch wenn kaum Massen im LENINSchen Sinne eine grüne Politik unterstützen bzw. machen werden, so doch die vielen, die massenhaft entfremdet und verelendet sind und sein werden. F.O. WOLF spricht zwar wiederholt von Unterdrückung und Ausbeutung, aber seine Worte bleiben in der Unverbindlichkeit hängen, weil sie sich auf keine Untersuchung der aktuellen Lebensverhältnisse stützen und sich

⁵ In diesem Sinne beschreiben und analysieren etwa BASAGLIA (1975) und CHOMSKY (1969) die gesellschaftliche Funktion der Intellektuellen.

nicht auf konkrete Menschen beziehen. Harald WOLF will "neue Bündnisse in der Gesellschaft herstellen" (1988, 14) - ein Vorhaben, das abstrakt und politisch folgenlos bleibt, weil keine Bündnis-PartnerInnen bzw. keine Voraussetzungen für mögliche Bündnisse genannt werden. Statt dessen konzentrieren sich die Vorstellungen von linker Politik auf die Ausarbeitung von "Umbauvisionen" - als wären sie geeignet, Mägen zu füllen, Leiden zu heilen, Elend abzuschaffen, Ausgrenzung aufzuheben. Sie können erst politische Bedeutung erhalten, wenn sie, nach einer Bestimmung politischer Voraussetzungen, Wege und Ziele in Form parteilicher Untersuchung von schlechter Wirklichkeit, diese ergänzen und utopisch wenden.

Politik in den Papieren verkümmert zum Sandkastenspiel, in dem großzügig diverse Größen des gesellschaftlichen Status quo hin- und hergeschoben werden, ohne nach ihren menschlichen Seiten zu fragen. In den "Langweiligen Bekenntnissen" wird sogar von "politischer Kunst" der Grünen gesprochen, die darin bestanden hätte, nach Tschernobyl einen Kompromiß zwischen radikaler Ausstiegsforderung und teilweiser Integration dieser Forderung zu erreichen, um "als radikaler und entschiedenster Flügel in einer breiten Ausstiegsbewegung zu agieren" (a.a.O., S. 11). Wer in dieser Weise Gefahr läuft, einem irrealen Größenwahn zu verfallen, daß er sich nur noch an die Spitze einer Bewegung stellen muß, sollte seinen Avantgarde-Rausch erst einmal ausschlafen, bevor er in den politischen Alltag zurückkehrt, denn genau besehen erliegt er einem handfesten Selbstbetrug: Wer sozialistische Politik bei den Grünen machen will, muß beginnen, eine die Partei tragende Bewegung in mühsamer, täglicher, aufreibender tagespolitischer Kleinarbeit anschieben zu helfen. Die bald drei Millionen Arbeitslosen etwa sind - wie die vielen Sozialhilfe-EmpfängerInnen - von den Grünen nahezu links liegen gelassen worden; nun muß die Partei, wenn sie als politische Kraft in Parteiform überleben will, nach Organisationsformen für die aus dem kapitalistischen Produktionsprozeß Hinausgeworfenen suchen und mit ihnen Politik machen. Erst wenn die Mitglieder der Grünen Partei begreifen, daß es keinen Bewegungsautomatismus mehr gibt, daß sie sich nicht avantgardistisch irgendwo einklinken kann, daß zur Zeit keine großen Entwürfe gefragt sind, sondern daß der politische Alltag begonnen hat, wird sie eine neue "Basis" als politische Substanz finden, also Menschen, mit denen gemeinsam politische Ziele, Wege und Visionen zu entwickeln sind. Dieser Alltag ist ausgefüllt mit Werben, Agitieren, Überzeugen, Organisieren, Untersuchen, Nachdenken; er kann erfolgreich sein, denn die im Macht- und Verteilungskampf "unter den Tisch fallen", werden sich einer Veränderung der Verhältnisse, unter denen sie leiden, nicht wirklich entziehen, wenn sie in ihrem Leiden wie in ihren Hoffnungen ernstgenommen werden.

3. Die parlamentarische Substanz

Geschieht dieses Werben und Ernstnehmen durch parlamentarische Arbeit? LENIN warnt vor zu schneller Antwort: Am Parlament hätten sich die Bolschewiki zeitweilig nicht beteiligt, "nicht weil es schlechthin richtig wäre, sich an reaktionären Parlamenten nicht zu beteiligen, sondern weil die objektive Lage richtig eingeschätzt worden war", sagt LENIN (1970, 312). Zweifellos war die objektive Lage von den Beteiligten richtig eingeschätzt worden, als die grüne Partei sich gründete und zur Wahl stellte. Den weiteren Weg begleitete eine solche kontinuierliche, sensible und differenzierte Einschätzung nicht mehr. Taktisch war es sicherlich richtig und notwendig, sich an den Parlamenten zu beteiligen, aber es war eine strategische Selbstverstümmelung, nach rot-grünen Koalitionen zu rufen und sie auch einzugehen. Der Staat als Garant der Kapitalreproduktion und -akkumulation und als Verwalter ihrer Mängel und sozialen und individuellen Folgen ist vorerst kein Instrument zur Erreichung taktischer Zwischenschritte, sondern Teilhabe an ihm zwingt zur Aufgabe systemverändernder Ziele (s. etwa HIRSCH 1980). Eine Klärung des Verhältnisses zum Staat fand bei den Grünen kaum statt, von vielen wurde seine gegenwärtig vorherrschende Funktion als Instrument für herrschende Gruppen, ihre Macht zu sichern, gar nicht erst begriffen und nicht hinreichend differenziert vom in ihm verborgenen, verdeckten Potential demokratischer Zustände, die nicht "von oben her" eingerichtet, sondern "von unten her" erst noch erkämpft werden müssen. Die zwangsläufige Folge war, daß auch bei den Grünen machtpolitische Anstrengungen bis in die Perspektiven-Papiere hinein dominieren: Im Vordergrund steht durchweg die Frage, wie die Beteiligung an der Macht gesichert oder ausgebaut werden kann - nicht die andere und für linke Politik viel entscheidendere, ob die Analyse der objektiven Bedingungen sie notwendig und sinnvoll macht und wessen Macht es schließlich sein soll.

Ganz besonders deutlich wird das Vordergründige der "Machtfrage" in den "Langweiligen Bekenntnissen". Die Grünen sollen "gesellschaftliche Widersprüche in die Staatsapparate tragen", um "Dissens mit der herrschenden Politik zu zeitigen" und "damit zur Verschiebung gesellschaftlicher Kräfteverhältnisse über die Vertiefung des Dissens durch die Ausnutzung selbst des kleinsten Risses" im gegnerischen Lager beizutragen, wozu sie "jeden Riß im gegnerischen Lager ausnutzen und jeden - auch nur zeitweiligen und unsicheren Verbündeten in der Gesellschaft" gewinnen müssen, "um den Druck auf die Herrschenden zu verstärken" (a.a.O., S. 9 f.). Es wäre redlich gewesen, auf die Stelle im LENIN-Text hinzuweisen, die hier zitiert worden ist, um dem Leser die Möglichkeit zu geben, solche Vorstellungen historisch richtig einzuordnen. Als LENIN seine Sätze schrieb, fand eine solche Verschiebung tatsächlich statt, waren Risse vorhanden, war jeder auch nur zeitweilig Verbündete ein Zugewinn an revolutionärer

Kraft. Die objektive Lage ist bekanntermaßen heute ein wenig anders: kein Vorabend einer Revolution, keine Massenpartei, keine kampfbereite Klasse. In einer Phase, da die Grünen um ihre Existenz bangen müssen, so zu tun, als könnten sie sich an Macht-Kalkülen erfolgreich versuchen, zeugt von wenig Wirklichkeitsbezug und von noch weniger politischem Verständnis. Bevor nicht jedem einzelnen Parteimitglied klar ist, welche gesellschaftlichen - auch potentiellen - Kräfte politische Partner und Freunde sind, wie man sie überzeugen und gewinnen, wie man ihre Interessen und Wünsche zu denen einer grünen Partei machen kann, ist jede machtpolitische Überlegung zynisch den sozial und psychisch bedrängten PartnerInnen gegenüber, denen die Grünen sich seit ihrem Bestehen mehr oder weniger deutlich versprochen haben.

Ähnlich subjektlos wie die vorher zitierten Formulierungen ist der Satz, nach dem die grüne Partei ein "Instrument, das emanzipatorischen Zwecken dienen sollte" (Langweilige Bekenntnisse, S. 11). Die Alternative zu einer "Strategie der Verschärfung der Kräfteverhältnisse" (ebd., S. 8) bestünde darin, zwar nicht das "revolutionäre", aber das "grüne Subjekt" zu suchen, es aufzuklären, seine Ängste ernstzunehmen, seine Sorgen aufzugreifen, denn "ein blindes, nachäffendes, kritikloses Übertragen dieser Erfahrung auf a n d e r e Verhältnisse, auf eine a n d e r e Situation ist der größte Fehler" (LENIN 1970, 312): Statt von "Rissen", von "Dissens" und von "Verbündeten" wäre deshalb von aktuellen inneren und äußeren Bedingungen, von menschlicher Armut und Verzweiflung und dann von politischer Annäherung an die Benachteiligten und Leidenden zu reden.

Das geringe Interesse am "grünen Subjekt" im Vergleich zur "Machtfrage" wird in den Perspektiven-Papieren auch dadurch deutlich, daß den Verfassern vor allem das Problem der hinreichenden Wählerstimmen Sorge bereitet. In Vor-Wahlzeiten wie an Wahlabenden haben die Grünen ein verblüffendes Bild von sich präsentiert; potentielle und dann faktische WählerInnen mögen sich häufiger die Frage gestellt haben, ob es das eigentlich war, was sie wollten. In Diskussionen, Wahl(kampf)-veranstaltungen und Gesprächen ging es nur noch um Zehntel und ganze Prozentpunkte, ein Zahlenfieber hatte die Beteiligten gepackt, als wäre ein böser Zauber in sie gefahren. Abgesehen von der Brüchigkeit der inhaltlich-politischen Grundlagen solcher Zahlen, von deren Fragwürdigkeit die gebannt auf sie starrenden grünen ParteipolitikerInnen ja eigentlich wissen müßten: Diese Rituale stoßen doch gerade ab, weil die Jagd nach WählerInnenstimmen mit Politik nur noch wenig zu tun hat, die WählerInnen nicht mehr oder doch nur am Rande interessieren, nur noch der eingesackte Stimmzettel von Bedeutung ist. Wenn eine Partei sich entschlossen hat, parlamentarisch zu arbeiten, sind Prozente wichtig; wenn sie wichtiger werden als politische Positionen und erkennbare strategische Linien, wenn

um der "Wählergunst" willen Zugeständnisse an "Zeitgeist" oder Mittelmaß gemacht werden, wenn taktische Schritte mit Verschleierung von Interessen und Aufgabe von Zielvorstellungen verwechselt werden, dann wird Politik unglaubwürdig bzw. paßt sich den vorgegebenen Strukturen an, statt sie bloßzustellen und ihren einengenden Rahmen zu verlassen. Sie hätten sich von den konservativen Parteien abheben können durch eine konsequente Weigerung, über Zahlen und Klauseln als Ausdruck einer dürftigen politischen Kultur zu reden, die nicht mehr ist als dezimale Legitimation für Handlungsweisen, deren Motive durch Macht und partielle Interessen weit stärker gezeichnet sind als durch das Einlösen der Versprechungen und durch das Vertreten der WählerInneninteressen. Sie hätten den grotesken Zuschnitt dieses Vorganges, in den sich seine "pluralistischen" Grundlagen verkehren, mit ihrer Weigerung entblößen, und sie hätten demonstrieren können, daß sich praktisch-politisch die Interessen der ökonomisch Mächtigen und die sie - mit ihnen im Rücken mehr oder weniger konsequent - sichernden Gruppierungen durchsetzen; und daß a l l e WählerInnen mit ihren Stimmen vor allem d i e s e Interessen unterstützen, auch im Sozialstaat.

Auf diesem Hintergrund wird die Indifferenz gegenüber den WählerInnen, wie sie im "wertfreien" Stimmenzählen zum Ausdruck kommt, für die Grünen fatal. Es kann ihnen nicht gleichgültig sein, wer sie wählt; sie können sich nicht, wenn das propagierte Selbstverständnis vieler von ihnen ernstgenommen wird, auf die unhaltbare Zusage einlassen, Politik für SozialhilfeempfängerInnen und Arbeitslose, aber auch für etablierte, um ihr Eigentum bangende und es - wenn es sein muß, mit Zähnen und Klauen und jeder möglichen Gewalt - verteidigende BürgerInnen zu machen; eine Verbürgerlichung der Grünen, wie sie manchem vorschwebt und die in dieser pluralistischen "Global-Strategie" angelegt ist, wäre der endgültige Gleichschritt mit den konservativen Parteien. Es muß vor allem wichtig sein, w e r gewählt hat, nicht wie viele; sie bestimmen den politischen Weg, sie müssen sich an programmatischer Parteilichkeit orientieren können, die klar und eindeutig - und das heißt für bestimmte und nicht für möglichst alle vorhandenen Interessen - formuliert wird.

Im Zusammenhang mit einer solchen Orientierung wird der Widerspruch zwischen Realos und Fundis wichtig. In den Perspektiven-Papieren werden neue Mauern errichtet, statt alte zu bewältigen: Nun gibt es nicht zwei, nicht (Manifeste-Gruppe mitgezählt) drei, nein, mit den "Linken" sind es vier verschiedene Strömungen. Die Linken nun setzen sich ganz entschieden von den Realos und den Fundis ab. Diese Haltung mag im internen Streit um die richtige grüne Politik notwendig sein, sie bedarf aber doch der differenzierenden Korrektur, wenn es um die politisch-strategische Bewertung der Positionen geht. In typisch deutscher

Art der Prinzipienreiterei behauptet jede Position, nur sie sei die richtige, statt die objektive Dialektik hinter allen zu sehen. So setzen sich die Linken von den wichtigen, weil strategisch richtigen, fundamentalistischen Forderungen wie "Unversöhnlichkeit in der Sache" und "Oberordnung der inhaltlichen Forderungen über das Ritual des parlamentarischen Kompromisses" ab: Es ist sicher notwendig, am Kompromiß als taktischem Mittel festzuhalten, aber Unversöhnlichkeit und Oberordnung bleiben dennoch für eine glaubwürdige linke Politik unverzichtbar.

Es müssen scheinbar immer entweder die einen oder die anderen sein, die Guten oder die Bösen, die Realos oder die Fundis, die Promis oder die Basis. Die auch öffentlich geführten Auseinandersetzungen zwischen Fundamentalisten und RealpolitikerInnen, die Versuche, auch kritischere und radikalere Standpunkte klar zu konturieren, schienen der Weg in eine neue, in eine von Offenheit und Überprüfbarkeit getragene politische Kultur zu sein. Seit die Notwendigkeit einer fruchtbaren Debatte von dem Ziel abgelöst worden ist, die eine Position über die andere siegen zu sehen - mit Austrittsdrohungen und schließlich mit Spaltungsgerede beschleunigt und vielleicht erzwungen -, erhält die Parole eines selbsternannten Warners realistischen Gehalt: "Das könnte das Ende gewesen sein" (SCHMID 1987), erhebt er das Damoklesschwert über die Häupter der Andersdenkenden und demonstriert doch nur, wie wenig er von der klärenden und konventionelle Rahmen sprengenden Bedeutung dieser Auseinandersetzung und der Notwendigkeit begriffen hat, alle gesellschaftskritischen und veränderungswilligen Kräfte in diesem Staat an ihr zu beteiligen. Statt von Lernprozeß spricht etwa Otto Schily angesichts der Kontroversen um seine Israel-Reise vom "kleinsten gemeinsamen Nenner", womit er den politischen Diskurs zur Rechenaufgabe verstümmelt: buchstäblich zur Bruch-Rechnung.

Es muß beide Richtungen geben, das ist die eine Wahrheit, von der die Existenz der Grünen abhängt, denn ein strategisches Konzept, das ohnehin erst in Umrissen erkennbar ist, kann nur fundamentale Entwicklungslinien zeichnen, hält gesellschaftsverändernde Ziele fest und beschreibt utopische Zustände, wenn die Ziele erreicht sein sollten; ohne inhaltlich-politisches Fundament, das radikal und kompromißlos den Umbau einer schlechten Gesellschaft anpeilt und gewissermaßen als politischer Kompaß die grobe Richtung angibt, bleibt auch Tagespolitik substanzlos, unglaubwürdig und folgenlos, weil ihr der Hintergrund für begleitende Reflexion und für die kontinuierliche Überprüfung des Handelns und seiner Ergebnisse fehlt. Praktische Politik hingegen ist im wesentlichen die taktische Umsetzung der strategischen Essentials, dann kann sie im besten Sinne Realpolitik genannt werden. Eine harte und von Widersprüchen durchsetzte Debatte ergibt sich

aus diesem Verhältnis von Strategie und Taktik notwendig: Es muß die geben, die immer wieder auf die fundamentalen Koordinaten verweisen und eingreifen, wenn sie im tagespolitischen Geschäft Gefahr laufen, aufgegeben zu werden; und die anderen sind wichtig, die nach praktikablen Schritten suchen, den strategischen Zielen taktisch ein Stückchen näher zu rücken, auch auf Umwegen, die möglicherweise oberflächlich wie eine Entfernung vom Ziel erscheinen, aber sich letztlich doch als ein größerer Sprung vorwärts erweisen können; "Zwischenspur" und "Etappenziel" bedürfen der strategischen Kontrolle.

Ein Beispiel: Die Forderung "sofortiger Ausstieg aus der Atomenergie" ist eine strategisch richtige Forderung, weil sie die schnellstmögliche Stilllegung von AKWs zum Ziel hat; sie ist bei richtiger Einschätzung der Kräfteverhältnisse nicht durchsetzbar, aber taktisch umsetzbar in Forderungen nach einer Vervielfachung der Meßstellen, nach hoher finanzieller Entschädigung von Strahlenopfern und nach ihrer intensiven, vom Staat zu finanzierenden medizinischen Betreuung. Die taktischen Forderungen müssen so hartnäckig und konsequent sein, daß die Stilllegung schließlich als die annehmbarere Lösung auch für die erscheint, die mit Argumenten nie zu überzeugen sein werden, und sie haben den Vorteil, populär - ohne gleichzeitig bauernfängerisch - zu sein. Im übrigen könnte als taktisches Verfahren neben dem Verursacher- bei Umweltkatastrophen das Verantwortlichkeitsprinzip bei Planungsfolgen endlich entdeckt werden: Wer die Suppe eingebrockt hat, soll sie gefälligst auch auslöffeln, etwa seinen Wohnsitz neben ein AKW oder eine Chemiefabrik verlagern müssen. Absurd? Was ist an einer solchen Vorstellung absurder als die Forderung nach bundesweiter und ständiger Mobilitätsbereitschaft von Arbeitslosen und ihren Familien? Und wie wäre politische Verlogenheit treffsicherer zu entlarven?⁶

Statt Politik in einer konsequent parteinehmenden Weise zu betreiben, haben vor allem die grünen Promis sich den Regeln der Medien-Demokratie allzu willig unterworfen, sie nicht hartnäckig hinterfragt und abgeblockt. Ob Schily oder Kelly, Ditzfurth oder Fischer oder Ebermann - sie haben den Medienkult nicht nur mitgemacht, sie haben ihm Nahrung gegeben durch ihre aktive Beteiligung in Form etwa von Interviews, in denen es nicht um politische Stellungnahmen, sondern um den Verkauf medienwirksamer Seiten der Personen ging; oder in Form einer Zurschaustellung ihrer Intimsphäre, bei der nicht zuletzt der "Spiegel" im Interesse der Auflagensteigerung nicht das Hinabsteigen auf das Niveau der Regenbogenpresse scheute; oder in Form von "personality shows", ob im Fernsehen oder in

⁶ Ein amerikanischer Richter hat einen Hausbesitzer verurteilt, drei Wochen in einem Haus zu wohnen, das er hat völlig verrotten lassen (FR vom 15.2.88) - ein ermutigendes Beispiel.

Zeitschriften, als wären die Kochrezepte von Ditfurth Maßstab für die Richtigkeit und Wichtigkeit ihrer politischen Praxis. Demokratie als Ware, Politik als Ware, Politiker als Ware, farbenfroh und glänzend verpackt, wobei der Gebrauchswert selbst nur noch eine Nebenrolle spielt - die Logik des Warenmarktes, auf dem Verpackung mehr verspricht, als der Gebrauch hält, hat vor der politischen Ware nicht Halt gemacht, das sollte ihnen bekannt sein, oder es müßte ihnen gesagt werden. Der Medien-Warenmarkt ist nicht an Inhalten, sondern an Sensationen, verkaufsförderndem Styling und Ambiente interessiert, an Personen, die bereit sind, den Zirkus mitzumachen. Personenkult - als politische Linie oder statt dessen? Sie haben sich leichtfertig den telekratischen Regeln unterworfen, um "dazuzugehören". Eine rigorose Verweigerungsstrategie, die einerseits Politik entblößt, die nach den Regeln des Warenmarktes funktioniert, die aber andererseits eigene, an politische Substanz und an politischem Inhalt orientierte Spielregeln vorgibt, nach denen Medien genutzt werden, nicht für die öffentliche Ausbreitung persönlicher Vorlieben und Leidenschaften, sondern für eine ernsthafte und nicht korrumpierbare politische Bewußtseinsbildung, könnte auch in diesem Bereich Grenzen sprengen. Dann könnte die Abgehobenheit von der Basis, von analytischem Durchblick, von selbstkritischer Nachdenklichkeit und von einem den Wählern gegenüber, die manche Lebenshoffnung in diese Partei gesetzt haben, verantwortungsvollen politischen Auftrag sich auflösen.

4. Die praktische Substanz - zur Gewaltfrage

Die prinzipien-verbissene Art, in der die Diskussion um die Gewaltfrage bei den Grünen geführt wird, hat verhindert, daß weder von den konsequent Gewaltfreien noch den Anhängern einer offensiven oder einer defensiven Gewalt das Problem hinreichend durchleuchtet worden ist. Ob sie die vergangene Gewalt in Brokdorf oder anderswo oder die jüngste in der Hamburger Hafenstraße betrachten, die bei den Punks und Skin-Heads oder die in den Familien, über deren Tragödien uns tagtäglich Zeitungen mehr oder weniger ausführlich informieren - Prinzipien der einen wie der anderen Art gehen insgeheim von Gewalt nur der Gewalt wegen aus. An dieser Unterstellung muß die Antwort auf die Gewaltfrage ansetzen.

Gewalttätige Ereignisse machen immer die Dynamik von Unterdrückung und Benachteiligung, von Ausgrenzung und existentieller Perspektivlosigkeit sichtbar; was da mit Menschen geschieht, etwa in gesellschaftlichen Randgruppen und unter den Lebensbedingungen sogenannter "sozial schwacher Personengruppen", hat seine emotionale Seite, es werden Gefühle von Resignation und Verzweiflung, von Enttäuschung und Verletztheit, aber auch solche von Wut, Zorn und Haß produziert.

Armut, Elend und Leiden sind Kerker, jede Ausgrenzung sperrt den von ihr Betroffenen in brüchige und hoffnungslose Lebensverhältnisse ein. Die eingekerkert sind, ob äußerlich oder innerlich, kämpfen gegen die Mauern, die sichtbaren und die unsichtbaren, sie kämpfen um ihr Leben und Überleben, in welcher Form immer. Für viele Menschen ist die Frage der Gewalt eine Frage des Überlebens, nicht nur jenseits der Erdteilgrenzen, sondern auch hierzulande. Gewalt wird, aus diesem Zusammenhang gerissen, unverständlich, es geht die wichtigste Ebene ihrer Erklärung verloren: daß es sich um eine Form des Sich-Wehrens gegen bedrückende und bedrohende, betrogene und kränkende Lebensbedingungen handelt. Es kann sich defensiv äußern, nach innen, und - körperliche oder psychische - Krankheit auslösen, oder offensiv, und dann wird dieses Sich-zur-Wehr-Setzen, wird diese Gewalt gewalttätig.

Die ganze Debatte um die Gewaltfrage entblößt mit erschütternder Klarheit die Unfähigkeit der meisten an ihr Beteiligten, sich in die seelische Befindlichkeit eines von alltäglichen gesellschaftlichen Mechanismen ausgespuckten und verletzten Menschen einzufühlen, seine kafkaeske Wirklichkeit zu sehen. Das akademische Ringen um passende Worte, für die eigene Erfahrung fehlen, wirkt teilweise hilflos, teilweise ist es schlicht überheblich. Entstanden ist ein Streit derjenigen, die entsprechende Gefühle nicht nötig haben, weil ihre Lebenssituation sie nicht verlangt, und die deshalb den Zusammenhang von "Sein und Bewußtsein", ja zuallererst von "Sein und Gefühlen" - denn auf das Bewußtsein hat die herrschende Ideologie nahezu unbeschränkten Zugriff - im Leben anderer Menschen übersehen. Hinter der aus der intellektuell-mittelständischen Enklave heraus formulierten undifferenzierten Absage an die Gewalt steht nicht nur eine in ihrem Kern konservative Zustimmungsmentalität, sondern auch die dazugehörige Theorielosigkeit, die sich als fehlender Einblick in den Zusammenhang krankmachender oder perspektivischer zerstörerischer Lebensverhältnisse mit explosiven Gefühlszuständen auswirkt. "Theorie und kritisches Denken bahnen den Weg für menschliche Beziehungen, Gefühle und Phantasien", stellt Russell JACOBY fest (1973, 123); wo die Gefühle aufs Abstellgleis geschoben werden, können sie nur noch unmittelbar registriert und verallgemeinert werden, und wo der mühsame Weg ihrer reflexiven Verarbeitung, der sie an den Lebensumständen relativieren könnte, ausgespart bleibt, wird der Umgang mit ihnen undialektisch - mit den eigenen und mit denen der anderen. Gewalt oder nicht Gewalt, heißt es dann, nicht etwa: Gewalt - ja und nein. Gängige Argumentationsmuster laufen darauf hinaus, daß auch die "Gefühle der Herrschenden" zu "herrschenden Gefühlen" zurechtgeredet werden, gerade von jenen, die die Anklage gegen Gefühllosigkeit von Politik und Kälte menschlicher Beziehungen zu einem Bestandteil ihrer Politik machen wollten. Wenn es um die Gewalt geht, machen sie ihre eige-

nen Gefühle zum allumfassenden Maßstab, der beckmesserisch ein vorlautes Urteil über die Empfindungen anderer wagt und ihnen vorschreiben möchte, was und wie sie zu fühlen haben. Um diesen gefühlsmäßigen Sachverhalt geht es zuallererst bei der sogenannten Gewaltfrage, denn wer anderen Menschen andere Gefühle zugesteht, für den stellt sich die Frage der Gewalt ganz anders, sie stellt sich politisch. Wer sie ernst nimmt, muß Gewalt erst einmal befürworten, schon aus Gründen des Schutzes vor noch mehr Leiden, wie wir von der Psychoanalyse gelernt haben, denn Verbot von Gewalt oder grün-alternative Beschwichtigung oder pauschale Ablehnung von Gewalt - ja schon des Redens über sie - macht Abwehrmechanismen notwendig und bewirkt Verdrängung: Drohungen und Sanktionen, aber auch die scheinbar beschützende Aufforderung zur Gewaltlosigkeit, die das Ausagieren, das befreiende Handeln unterbinden wollen, führen zu neuen Leidensformen, zu zusätzlicher seelischer Belastung; sie machen krank.

Gewalt muß - um ihre gewalttätigen Äußerungsformen schließlich verhindern zu können - von der psychologischen bzw. analytischen Seite her, als seelischer Ausdruck gesellschaftlicher Repression gesehen, akzeptiert werden. Diese existentiell, analytisch und psychodynamisch begründete Bejahung von Gewalt bedeutet keineswegs, in ihr auch das geeignete Ventil für die explosiven inneren Kräfte zu sehen und ihr das Wort zu reden; sie ist auch kein Plädoyer für therapeutische Lösungen, wie sie für intellektuell-mittelständische - oder bürgerliche - Leidensformen hilfreich und angemessen sein mögen. Vielmehr verlangt sie nach politischen Lösungen, die Gewalt als individuellen aggressiven Akt oder als inneren Vorgang mit selbsterstörerischen Folgen überflüssig machen. Kollektive Organisationsformen - wie die grüne Partei und ihre Basis-Bewegungen eine sein könnten - spielen eine wichtige Rolle bei dem Versuch, Interessen gemeinsam zu artikulieren, Bedürfnisse als nicht nur isoliert-individuelle zu erkennen und Wünsche als verbindendes Band zu erleben. Solidarische Aktionen, die entstehen könnten, setzen aber ein engagiert-parteiliches Bemühen um Zugang zu Leidens- und Erlebensformen und ihre materiellen Hintergründe voraus. Das Gefühl, aufgehoben zu sein, die Isolation überwunden zu haben und nicht länger passiv das Schicksal - das gar keines ist, sondern von Menschen gemachtes Elend - über sich ergehen zu lassen, schafft Möglichkeiten der Entwicklung neuer Bedürfnisse und der produktiven und konstruktiven Umsetzung von Energien, die nicht in zerstörerischer und selbsterstörerischer, sondern in Verhältnis- und Menschen verändernder Gewalt münden. Utopien und Phantasien, die für radikale Politik ein genauso tragender Grundpfeiler sind wie nüchterne tagespolitische Entscheidungen, nähren sich aus denselben inneren Quellen wie die aggressive Gewalt.

Um aus dieser Kraft, die auch dem Leiden innewohnt, politisches Engagement zu machen, müßte eine Partei die Zusammenhänge aufdecken, in denen es entsteht. Sie müßte wissen, in welcher Sprache sich Emotionen äußern, welche Botschaften sie vermitteln und woher sie kommen. Abstrakten Standpunkten verpflichtete Behauptungen helfen wenig, gründliche Untersuchungsarbeit ist notwendig, um diese Utopie politisch organisiert zu verwirklichen: Durch kollektives Handeln Isolierung und Passivierung⁷ aufheben, die Entmachtung des einzelnen durch seine Lebensverhältnisse in sein Erleben und Handeln als ihr Subjekt verwandeln zu helfen. Da kann man ganz träumerisch werden: Welche politisch bedeutungsvollen und zukunftsweisenden Aufgaben hätten sich aus solchen Überlegungen gerade zur Gewalt ergeben! Statt befriedender Praxis im Job und beschwichtigender Politik in der Öffentlichkeit wäre es den grünen Intellektuellen und politischen Aktivisten möglich gewesen, auch von dieser Seite her einer ökologisch-sozialistischen Bewegung eine sichere Basis zu schaffen.

Die Frage der Gewalt gerät in einen ganz neuen Zusammenhang: Aus der individualistischen Aktion wird eine kollektive Einheit von Erleben, Mitteilen, Denken und Handeln. PLECHANOW hat die Bedeutung dieser Lösung der Gewaltfrage in seiner Besprechung von GORKIs "Die Feinde" so lebendig aktuell und lehrreich beschrieben, daß sie zu betrachten lohnt. "Der sogenannte Terrorismus ist keine proletarische Kampfmethode. Ein wirklicher Terrorist ist Individualist dem Charakter nach oder infolge von 'Umständen, die nicht in seiner Gewalt stehen'." (PLECHANOW 1975, 421) An der Figur wilhelm Tells, der zwar die Schwyzer von Geßler befreit, aber sich in ihre politische Bewegung nie integriert hat und ein Einzelgänger geblieben ist, veranschaulicht PLECHANOW seine Position zur Gewalt:

"Schillers Tell ist seiner Natur nach Individualist ... Als solche muß man viele unserer Terroristen gegen Ende der siebenziger und zu Anfang der achtziger Jahre bezeichnen. Sie wären gern mit der Volksmasse zusammen gegangen, sie haben es auch versucht; aber die Masse stand immer auf demselben Fleck, sie gab ihren Ruf nicht zurück - oder, richtiger gesagt, den Terroristen fehlte die Geduld zu warten, bis sie auf ihren Ruf reagieren würde -, und so 'handelten sie allein'. Es waren sehr kraftvolle Menschen, aber die Energie, die sie in terroristischen Aktionen verschleuderten, war vorwiegend eine Energie der Verzweiflung. Und diese kraftvollen Menschen erlitten eine Niederlage." (PLECHANOW 1975, 423)

Ergänzend noch:

"Die Tatsache steht fest, daß der 'Intellektuelle' mehr dazu neigt, seine Hoffnung auf die 'Persönlichkeit' zu setzen, der klassenbewußte Arbeiter aber - auf die M a s s e ." (Ebd.)

Auch wenn Proletarier und Masse unzeitgemäße Begriffe sind - er könnte diese Sätze gestern formuliert haben. Die kollektive Bewegung anzuregen und zu sammeln, in Formen, die heute möglich sind, kann aus Wut und Haß eine Gewalt machen,

⁷ JERVIS sagt: die krankmachenden Bedingungen (1978, etwa S. 387 ff.).

die nicht gewalttätig werden muß. Vorausgesetzt bleibt einem solchen Verständnis aber die Einsicht, daß Gewalt unter bestimmten Lebensbedingungen nicht nur normal, sondern lebensnotwendig ist, und daß sie sich, solange sie nicht in kollektiven Erlebnis- und Handlungsformen aufgefangen wird, auch weiterhin individualistisch äußern wird, ob in der Familie oder als Terror im Sinne PLECHANOWs, dessen Begriff Verstehen neben moralischem Urteil ermöglicht. Diese Gewaltformen sind Versuche, dem inneren oder äußeren Kerker zu entkommen, und wer nicht selbst in einem lebt, sollte mit seinen Anklagen vorsichtig sein. An der Tatsache, daß von dieser aggressiven Gewalt einzelne Menschen getroffen, ja Menschenleben zerstört werden, führt andererseits keine Erklärung vorbei; über die Täter nur den moralischen Stab zu brechen, übersieht die Dynamik der Gewalt und verhindert die Aufklärung des Zusammenhanges, aus dem heraus sie entsteht - PLECHANOWs Worte in jedes Moralisten Ohr! - einerseits und verbaut politische Schlußfolgerungen andererseits.

Zu diesen Schlußfolgerungen gehört das Ernstnehmen und Verstehen von Gewalt. Wo strukturelle Gewalt alltäglich ist, wirkt ihr Begriff zu distanziert zum wirklichen Elend, das sie produziert: Die Gewalttätigkeit des Systems äußert sich auf allen gesellschaftlichen Ebenen; jeder kennt die ökonomischen, politischen, institutionellen, ideologischen und sozialen Formen der strukturellen Gewalt aus eigener Erfahrung, aus der Anschauung oder wenigstens vom Hörensagen. Jedem, der die Strukturen selbst in Genese, Zustand und Wirksamkeit begriffen hat, ist klar, daß sie nicht gewaltlos zu verändern und aufzuheben sind in einem dialektischen Sinne: bewahrend und entrümpelnd. Von dieser Einsicht her muß Gewalt als notwendige innerliche Form des Sich-Wehrens begriffen werden, aber dieses verstehende Akzeptieren beinhaltet keine Vorannahme oder Entscheidung für bestimmte Formen. Kollektive Gewalt kann vielgestaltig sein, und in jeder Gestalt ist sie wirksam und machtvoll: Eine massenhafte ökonomische oder politische Verweigerung etwa kann Berge versetzen, und sie stellt ein Bollwerk dar, gegen das jede System-Gewalt irgendwann ohnmächtig wird. Aber sie funktioniert nur, wenn vorher die Interessen einzelner sich zusammengefügt haben, wenn ein politisches Umdenken stattgefunden hat, das zu den wirklichen Bedürfnissen führt.

Es gibt keine Prognose, welche Form der Gewalt in welchem Stadium einer Bewegung zu welchem historischen Zeitpunkt notwendig ist. Gewalt kann immer nur ein taktisches Mittel sein; ein strategisches Konzept muß **G e w a l t f r e i - h e i t z u m Z i e l h a b e n** als Negation der Zustände, aus denen heraus sich Gewalt entwickelt, weil sie selbst in vielfältiger und subtiler Form Gewalt auf die Menschen ausüben. Eine Gewaltdiskussion aber, die Gewalt "aus Prinzip" ablehnt, erweist sich als dem einzelnen bedrückten Menschen gegenüber verächtlich, sie wird politisch ohnmächtig, und sie belegt, daß die Kontrahenten

den radikalen Blick verlernt haben und den alltäglichen Ablenkungsmanövern von der schlechten Wirklichkeit auf den Leim gegangen sind. Der Weg aus äußerer und innerer Kolonisation durch gemeinsames Handeln aller Unterdrückten kann sich weder seine Ziele noch seine Mittel vorschreiben lassen. Hat sich "die Utopie, daß der Regierte und der Regierende identisch sind" (PREUSS 1987), überlebt? Nein, sie ist die einzige Hoffnung, die Gewalt des einen gegen den anderen überflüssig zu machen.

Wundern wir uns nicht an den falschen Stellen: nicht darüber, daß ein Arbeitsloser die Frankfurter Oper anzündet, sondern darüber, daß nicht alle Arbeitslosen Opern in Brand stecken. Wer nimmt sonst von ihnen Notiz, hört ihnen zu? Wer verurteilt, muß sich fragen lassen, was er zu ihrer Unterstützung tut und zu welchen persönlichen Konsequenzen er bereit ist. Grüne Politik, die nicht auch sozialistische ist, die zwar die äußere, aber nicht die innere Natur und ihre Zerstörung im Blick hat, kann für die terroristisch-individualistische Form der Gewalt, die destruktiv und eine besonders tragische Form der Selbstzerstörung ist, keine Alternative sein. Der "gemeinsame Prospekt" der "Abschaffung des Elends ... setzt voraus und schließt ein, daß wir e i g e n e Gründe haben, uns an den sozialen Auseinandersetzungen zu beteiligen; daß wir uns die Motivation des Handelns nicht ausborgen", sagt BASAGLIA (1980, 46). Es wird Zeit, die Motivation zu finden, denn die Atombombe ist das Ende auch der gesellschaftlichen Dialektik; konnten konventionelle Waffen noch in ihr Gegenteil, nämlich statt Sicherung Überwältigung von Herrschaft, gewendet werden, ist auch die Negation der Anwendung der Atombombe das Ende des Lebens. Das apokalyptische Trauma ist wahr geworden: Nicht die Bombe muß, diejenigen müssen das Ziel von - grün-sozialistischer? - Politik sein, deren Sicherheitsbedürfnis sie repräsentiert.

LITERATUR:

- BASAGLIA, Franco: Befriedungsverbrechen. Über die Dienstbarkeit der Intellektuellen. Frankfurt/M. 1980
- CHOMSKY, Noam: Die Verantwortlichkeit der Intellektuellen. Frankfurt/M. 1969
- HIRSCH, Joachim: Der Sicherheitsstaat. Frankfurt/M. 1980
- HIRSCH, J. & R. ROTH: Das neue Gesicht des Kapitalismus. Hamburg 1986
- JACOBY, Russel: Soziale Amnesie. Frankfurt/M. 1975
- JERVIS, Giovanni: Kritisches Handbuch der Psychiatrie. Frankfurt/M. 1978
- KÖHNLE, Reinhard: Faschismustheorien. Reinbek 1979
- LENIN, W.I., Aus dem Buch: Der 'Linke Radikalismus', die Kinderkrankheit im Kommunismus. In: FETSCHER, I. (Hg.): Lenin Studienausgabe, Bd. 2. Frankfurt/M. 1970

PLECHANOW, G.: Zur Psychologie der Arbeiterbewegung (Maxim GORKI, "Die Feinde"). In: Ders., Kunst und gesellschaftliches Leben. Berlin/Ost 1975

PREUSS, U.K., in: DIE ZEIT v. 6.11.1987

SCHMID, Thomas, in: DIE ZEIT v. 6.11.1987

Günter Rexilius

Bergische Universität Wuppertal
FB 1 Gesellschaftswissenschaften

DR. MED.

Mabuse

Zeitschrift
im Gesundheitswesen



Das auflagenstärkste kritische Magazin für Leute in Gesundheits- und Sozialberufen.

Aktuelle Gesundheitspolitik, Medizingeschichte, Internationalen, Ärztl. Friedensbewegung, Gewerkschaftspolitik, Standesideologie, Alternativmedizin u.v.a.m.

Sechsmal pro Jahr für je 6 DM in allen besseren Buchläden und für nur 36 DM im Jahresabonnement.

Kostenloses Probeheft und Gesamtverzeichnis unserer Bücher gefällig?

Ich bestelle

- Gesamtverzeichnis der Bücher & ein kostenloses Probeheft
- folgende Bücher:

Stück	Nummer	Einzelpreis
_____	_____	_____
_____	_____	_____
_____	_____	_____

- Verrechnungsscheck liegt bei
- Schickt mir eine Rechnung!



Roßkuren
Anleitungen zur Selbstheilung aus alten Archiven erzählerisch aufgearbeitet. Brachiale Heilmethoden für den Alltag. Wer diese Kuren überlebt, dem braucht nicht mehr geholfen zu werden. 128 Seiten, zahlr. Abb., gebunden, ein ideales Geschenk. **19,80 DM, Nr. 1032**



Peter O'Neill
Gesundheit 2000 — Krise und Hoffnung
Hrsg. vom Regionalbüro für Europa der Weltgesundheitsorganisation (WHO). Um eine Krise abzuwenden, fordert die WHO in ihrer Regionalstrategie »Gesundheit für alle bis zum Jahr 2000« eine grundlegende Orientierung. 200 S., zahlr. Abb., Tab. u. Schaubilder. **24,80 DM, Nr. 1017**

„Hier geht das Leben auf eine sehr merkwürdige Weise weiter...“



Hier geht das Leben auf eine sehr merkwürdige Weise weiter . . .
Katalog zur Ausstellung: Geschichte der Psychoanalyse (Schwerpunkt: Psychoanalyse im Nationalsozialismus) **216 Seiten, 36 DM, Nr. 1063**



Absender:

Name, Vorname _____

Straße, Hausnummer _____

Postleitzahl, Ort _____

Datum, Unterschrift _____ **pg**

Abtrennen und einsenden an Mabuse, Postfach 110642, 6000 Frankfurt 1 ☎ 069/7 38 17 24